

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 1

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ob und inwieweit die Labourfraktion des Unterhauses an Beschlüsse des Parteitages gebunden ist (würde sie diese Bindung uneingeschränkt anerkennen, hätte sie bis Oktober 1960 gegen, dann für und seit Oktober 1961 wieder gegen einseitige atomare Abrüstung auftreten müssen), den Schluß, eine Statutenänderung sei nötig, die alle Macht bei den parlamentarischen Führern konzentriert. Er verkennt nicht, daß eine solche Änderung wenig Aussichten hat, führt dies aber nicht auf den demokratischen Charakter der Labourbewegung, sondern auf ihren – zweifellos auch vorhandenen – Konservatismus zurück.

Mit den einschränkenden Bemerkungen zur Grundthese des Autors und dem – im Gegensatz zum Buch – recht oberflächlich gearbeiteten Nachwort kann man das Werk Mackenzies der Aufmerksamkeit empfehlen. Sein Autor steht jedenfalls seit Erscheinen des Buches in der vordersten Reihe jener, die in England politische Wissenschaft betreiben.

CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

Innenpolitik

Ungeachtet des äußerst kalten Winters werden im neuen Jahr einige Themen den Schweizer erhitzen. Am 18. Dezember hatte der Nationalrat mit 109 gegen 75 Stimmen das fakultative Referendum bei der in Zukunft vielleicht einmal aktuell werdenden atomaren Bewaffnung unserer Armee abgelehnt. Wäre diese Kompromißlösung angenommen worden, so hätte die Sozialdemokratische Partei ihre Atominitiative zurückziehen können, die — wie Walther Bringolf erklärte — deshalb gestartet worden sei, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Nachdem schon dieser Vermittlungsvorschlag abgelehnt worden war, wurde auch die Atominitiative mit 135 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Die Schweizer Stimmbürger werden sich nun dieses Jahr darüber auszusprechen haben, ob sie eine allfällige Bewaffnung der Armee mit Atomwaffen obligatorisch der Volksabstimmung unterstellen wollen oder nicht. Es steht außer jedem Zweifel, daß diese Initiative noch mehr Ja-Stimmen auf sich vereinigen wird als die letzte, die das Verbot atomarer Waffen forderte. Und sicher war dies auch der Grund dafür, daß viele Freisinnige den Vermittlungsvorschlag unterstützten, denn eine Annahme der Initiative wäre ein Hindernis für diejenigen Militaristen, die nicht einsehen, daß die Stärke einer Armee nicht nur auf ihren Waffen, sondern auch auf

dem Geist der Soldaten beruht und daß die Beschaffung von Atomwaffen für die Schweiz aus vielen Gründen sehr fragwürdig ist.

Heiß wird auch die Diskussion zwischen dem SMUV und der Maschinen- und Metallindustrie sein. Am 14. April wurde zwischen diesen beiden Vertragspartnern – die kürzlich auf das 25jährige Bestehen des Friedensabkommens zurückblicken konnten – abgemacht, daß auf den 1. Mai 1963 die 44-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich eingeführt werden sollte. Die Arbeitgeber versuchen nun plötzlich, sich von diesem Abkommen zu drücken, indem sie sich darauf berufen, daß mit Einführung der 44-Stunden-Woche das Stillhalteabkommen auf dem Arbeitskräftesektor in der Maschinen- und Metallindustrie in Frage gestellt sei. Die Delegierten des SMUV aber hielten in einer Konferenz am 19. Dezember an der damaligen Vereinbarung fest, indem sie richtig bemerkten, die Wirtschaft vermöge diese Mehrkosten zu verkraften, eine größere Fremdarbeiterzahl sei deswegen nicht nötig, da die Arbeiter ohne weiteres die bisherigen Stundenzahlen arbeiten könnten. Überdies forderte der SMUV einen Teuerungsausgleich, da der Index der Lebenskosten immer noch steigt. Die Arbeitgeber waren über diese feste Haltung nicht erfreut; in ihrer Zeitung erklären sie, daß in andern Branchen die 44-Stunden-Woche nicht verhindert werden könnte, wenn sie in der Maschinen- und Metallindustrie eingeführt werde. Da kann man nur zurückfragen: Weshalb soll sie in andern Branchen verhindert werden? Die Partnerschaft, wie sie im Friedensabkommen geschlossen wurde, ist somit erstmals ernsthaft auf die Probe gestellt.

Der Europarat steht der Schweiz nun offen. Nachdem die National- und Ständeräte grundsätzlich dem Beitritt zugestimmt hatten, ist nun die Einladung an die Schweiz erfolgt. Wird von beiden Räten in der Frühjahrs-session der Beitritt genehmigt – was sicher der Fall sein wird –, so werden schon dieses Jahr sechs schweizerische Mitglieder im 144köpfigen Europarat mitmachen, der jährlich zwei Sessionen der Konsultativversammlung abhält. Ob die Schweiz eine oder vielleicht auch mehrere der 34 Konventionen des Europarates unterzeichnet, ist allerdings sehr fraglich. Für die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention müßten wir beispielsweise zuerst das Frauenstimmrecht einführen, die konfessionellen Ausnahmebestimmungen aufheben und einige kantonale Bestimmungen über Zwangsversorgung von Geistesgestörten und Verwahrlosten abändern! Die Schweiz als das beste und aufgeschlossenste aller Länder zu betrachten, besteht also nicht unbedingt Grund.

Stolz aber dürfen wir sein, daß drei prominente Sozialdemokraten von der Bundesversammlung ehrenvoll in hohe Ämter gewählt wurden: Bundesrat Willy Spühler zum Bundespräsidenten für 1963, Dr. Harald Huber und Dr. W. Dubach zu Bundesrichtern.

Am 14. Dezember 1962 wurde zwischen der Schweiz und Italien ein Abkommen über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer geschlossen. Es wird das Abkommen von 1951 ersetzen, wenn die Räte es genehmigen. Dieses Abkommen bringt den italienischen Fremdarbeitern in der Schweiz einige Verbesserungen. So werden sie in der AHV, der IV, der Versicherung gegen Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle und in der bundesrechtlichen Familienzulageordnung den schweizerischen Arbeitnehmern gleichgestellt. Die kantonalen Kinderzulagen werden nicht einbezogen, aber in vielen Fällen angepaßt. Vor einiger Zeit hatte der italienische Arbeitsminister Sullo diese Forderungen aufgestellt und damit in der Schweiz große Empörung hervorgerufen . . . (Abgeschlossen am 12. Januar 1963)

Außenpolitik

Während die Kubakrise am 8. Dezember offiziell beendet wurde – Kennedy verzichtete auf eine Inspektion der abgebrochenen Raketenbasen, gab aber keinen formellen Verzicht auf eine Invasion Kubas bekannt – und während der chinesisch-indische Grenzkonflikt, nicht zuletzt dank den Bemühungen der Neutralisten, entschärft wird, sind zwei Krisenherde verstärkt in die Schlagzeilen der Zeitungen gerückt: der Kampf der UNO und der Zentralregierung des Kongo gegen Tschombe und seine abtrünnige Provinz Katanga und die Revolution in Jemen, die immer weitere Kreise zieht. Die Amerikaner versuchen bei beiden Brandherden, eine für sie günstige Lösung zu finden, was jedoch nicht einfach ist. Als der Kongo 1960 von Belgien unabhängig geworden war, brach dort schon bald das Chaos aus, da qualifizierte Leute für die Lenkung der Staatsgeschäfte völlig fehlten. Die reichste Provinz des Kongo, Katanga, spaltete sich bald ab. Die dort herrschende Union Minière lieferte weiterhin ihre Rohmaterialien – Kobalt und Kupfer – auf den Weltmarkt; die kapitalmäßig am stärksten engagierten Belgier steckten weiterhin riesige Gewinne ein; die finanziell mehr an den Eisenbahnen interessierten Engländer waren ebenfalls von der weiterblühenden Wirtschaft Katangas sehr entzückt. Im übrigen Kongo aber wurde die Not immer schlimmer, denn die Einnahmen aus der Minenprovinz fehlten. Tschombe, der Präsident dieser Provinz, war in erster Linie Angestellter der Union Minière. Daß er Lumumba hatte ermorden lassen, hatte man ihm bald verziehen, hatte dieser doch gewisse Sympathien für den Osten gezeigt. Amerika erkannte, daß Rußland im Kongochaos Punkte gutmachen kann, falls es nicht gelingt, die Zentralregierung unter Adoula zu stärken. Rußland hingegen verhält sich nach außen in diesem Konflikt sehr ruhig, unterstützt aber einen weiteren «Spalter» der kongolesischen Einheit, Gizenga. Dieser

wurde kürzlich, nachdem er längere Zeit unter Hausarrest gesetzt worden war, wieder freigelassen. Die Entwicklungsländer aber waren böse auf die reiche Provinz Katanga, die den übrigen Kongo im Elend dahinsiechen ließ. So kam es, daß im Februar und im November 1961 die UNO beauftragt wurde, nötigenfalls mit Gewalt die Einheit im Kongo wieder herzustellen. In der Folge kamen einige Anläufe zustande, die aber immer wieder – nicht zuletzt dank der geschickten Sabotage der Belgier und Engländer – im Sande verliefen. Ende 1962 ging den Amerikanern die Geduld aus; sie, die praktisch die UNO-Aktion im Kongo finanzieren, drängten nun darauf, Katanga endgültig dem Kongo einzuverleiben. Die UNO rückte vor und eroberte Minenstadt um Minenstadt; Tschombe floh aus Elisabethville, kehrte wieder zurück, drohte mit der Politik der verbrannten Erde – und verschwand um den 10. Januar erneut. Die Union Minière scheint Tschombe fallengelassen zu haben – ihr dort investiertes Kapital hat sie längst mit riesigen Gewinnen herausgewirtschaftet – und scheint bereit zu sein, sich wieder im Kongo integrieren zu lassen. Die interessierten Kreise Englands aber wettern nach wie vor gegen die «unrechtmäßige Aktion der UNO» ... Die Sowjetunion wartet weiterhin ab; sie scheint sich zu sagen, daß die Sezession des Katanga wohl beendet werden wird, daß aber damit noch kein einziges Problem im Kongo gelöst ist, und daß die UNO bisher noch nicht überzeugend bewiesen hat, daß sie dazu imstande sei. Je länger das Chaos aber im Kongo andauert, desto besser die Ausgangslage für die Sowjetunion. Die Sünden des Kolonialismus und die falsche, kurzsichtige Politik einiger westlicher Länder arbeiten auch hier für die Kommunisten.

Die Revolution in Jemen geht dank intensiver Unterstützung Ägyptens weiter. Die Amerikaner, die – wegen ihrer Erdölinteressen – auf Revolutionen im Nahen Osten nicht gerade sehr erpicht sind, machten nun folgenden politischen Schachzug, der sich als verfehlt erweisen dürfte. Am 19. Dezember anerkannte sie die Revolutionsregierung des Jemen, was sie als eine Vorleistung für den Rückzug der Ägypter aus Jemen betrachteten. Nasser jedoch dachte nicht daran, sondern kämpfte weiter, besonders gegen Saudiarabien, das – aus sehr handfesten Gründen – den gestürzten Despoten von Jemen unterstützt. Die Anerkennung durch die USA paßte Ibn Saud in keiner Weise, denn er selbst kann sich in seinem Land nur dank den Dollars aus den USA halten, die, als klingendes Entgelt für die Erdölströme, in seine Kasse fließen – nicht aber für die hungernde, ungebildete, kranke und unterdrückte Bevölkerung verwendet werden. Die Anerkennung der Revolutionsregierung des Jemen brachte Amerika großen Ärger: Am 3. Januar erklärte Saudiarabien die Generalmobilmachung; am 6. Januar schickten die Amerikaner Düsenjäger und einen Zerstörer auf ihren Stützpunkt Dahran im Lande Ibn Sauds. Es wird ihnen nicht leicht fallen, aus ihrer

widersprüchlichen Haltung – Anerkennung einer Revolution und Unterstützung eines Despoten – für ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele Kapital herauschlagen zu können.

Mit der Unterstützung von Diktatoren haben die Amerikaner auch in Südvietnam kein Glück. Obwohl dort über 10 000 amerikanische «Berater» mit den südvietnamesischen Truppen gegen die kommunistischen Guerillas kämpfen, vergeht kein Monat, in dem nicht schwere Kämpfe – und in letzter Zeit immer mehr – schwere Verluste der Regierungstruppen gemeldet werden.

In Europa allerdings hat Kennedy unmißverständlich gezeigt, wer die führende Macht des Westens ist: Er stellte die Produktion der Skybolt-Raketen ein, die England eine halbwegs unabhängige Atomstreitmacht ermöglicht hätte; er anbot England und Frankreich, sich – gegen Bezahlung – an einer NATO-Atomkraft zu beteiligen, in der aber die Amerikaner ebenfalls die entscheidende Stellung innehaben würden; er zeigte, daß er Westdeutschland nicht an Atomraketen heranlassen will, sondern forderte alle Verbündeten auf, ihre konventionellen Waffen zu vermehren. Dies alles erfreute weder die Engländer noch de Gaulle, der eifrig bestrebt ist, Unsummen in die eigene «Force de frappe» zu stecken. Vor allem aber war Bonn über diese Vorschläge bestürzt. Die neue deutsche Regierung, die nach vierzigjährigem Interregnum am 12. Dezember ohne Strauß, aber wieder unter Adenauer geboren wurde, besteht wiederum in einer Koalition zwischen CDU/CSU und FDP. Zwei personelle Änderungen lassen die Befürchtung aufkommen, daß sie einen noch prononcierteren (wenn vielleicht auch nach außen geschickter verborgenen) Rechtskurs steuern wird: Der sehr deutsch-national eingestellte neue Verteidigungsminister von Hassel und der militante Katholik Barzel als Minister für gesamtdeutsche Fragen. England drücken außer den Skybolt-Raketen noch andere Sorgen. Die ausgeprägte Wirtschaftsflaute erreichte am Jahresende einen Höhepunkt mit beinahe 600 000 Arbeitslosen. Am 9. Dezember brach überdies in Brunei, einem britischen Protektorat an der Nordküste Borneos, ein Aufstand aus, der jedoch bemerkenswert rasch niedergeschlagen wurde. Schon am 12. Dezember hatten die britischen Truppen die Kontrolle wieder über das Gebiet, in dem große Erdölinteressen Englands liegen . . .

Wie lange die Zentralafrikanische Föderation, die aus Nord- und Südrhodesien und Njassaland besteht, noch zusammenhält, ist sehr unsicher, nachdem am 17. Dezember in Südrhodesien weiße Rechtsextremisten die Mehrheit gewannen und Sir Edgar Whitehead gestürzt wurde. Der Premier der Föderation, Welensky – ein überzeugter Beschützer von Tschombe – hat im Bundesparlament wohl eine große Mehrheit, ist jedoch in allen Länderparlamenten hoffnungslos in der Minderheit. Nordrhodesien und Njassa-

land, die beide autonome schwarze Regierungen haben, haben bereits angemeldet, daß sie die Föderation verlassen möchten. Englands Macht schrumpft beständig . . .

Im Ostblock geht – zum Trost vieler Leute im Westen – auch manches nicht eben planmäßig vor sich. Vor allem beflügelt die ideologische Auseinandersetzung zwischen China und Rußland viele Gemüter. Manche sehen gar schon einen Krieg zwischen den beiden «großen Brüdern». Würde ein solcher wirklich ausbrechen, so wäre der Kommunismus an der Wurzel angegriffen. Dies scheinen auch die Kommunisten zu wissen – und so gehören wohl solche westliche Hoffnungen ins Gebiet der Träume. Vielleicht wird am 6. Kongreß der SED in der DDR, der am 15. Januar beginnt, und an dem als Star Chruschtschew teilnimmt, über die chinesisch-russischen Differenzen diskutiert. Sicher aber ist, daß an diesem Kongreß die wirtschaftliche Lage des Ostblocks im allgemeinen und der DDR im besonderen besprochen wird. Hier harzt es noch an vielen Stellen, und es ist sicher, daß einige Leute ersetzt werden müssen, wie das an allen Parteikongressen in den übrigen Ostblockländern der letzten Zeit der Fall war. Die Ergebnisse des Parteitages in der DDR, die man im Westen besonders aufmerksam verfolgen wird, sollen im nächsten Bericht analysiert werden.

(Abgeschlossen am 12. Januar 1963)

Literatur

— *Geschichte der italienischen Juden unter der faschistischen Herrschaft*

Unter diesem Titel – Renzo De Felice: *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo* – hat der Verlag Giulio Einaudi, Turin, ein außerordentlich interessantes, mutiges und sehr aufschlußreiches Buch herausgegeben.

Seit dem ersten synthetischen Werk von Salvatorelli und Mira: «Geschichte Italiens in der faschistischen Epoche» ist leider eher ein Stillstand in den historischen Forschungen über den Faschismus eingetreten, und die Mehrheit der historischen Arbeiten befaßte sich seither hauptsächlich mit vertiefenden Studien über die ersten Jahre des Faschismus, zwischen Kriegsbeitritt im Ersten Weltkrieg und Matteotti-Ermordung und speziellen Aspekten der faschistischen Außenpolitik.

Dieser Stillstand und diese Vertiefung für gewisse beschränkte Sektoren lassen sich dadurch erklären, daß einerseits die wichtigsten Dokumente der faschistischen Epoche den Historikern bis anhin absolut nicht oder fast nicht zugänglich waren, und daß andererseits eine gewisse psychologische Zurückhaltung die antifaschistischen Historiker davon abhielt, eine Epoche, die in ihren großen Linien moralisch schon abgestempelt ist, zu erforschen.

Der junge Autor, der 1929 in Rieti geborene Renzo De Felice, hat mit Mäßigung und Festigkeit, vorurteilslos und ohne falsches Pathos und, wie uns scheint, mit